

6 Mit der Schuldenbremse zum Systemcrash

Fritz Helmedag

6	Mit der Schuldenbremse zum Systemcrash	123
6.1	Deutschland im Sparwahn oder Mainz ist überall.....	124
6.2	Die kapitalistische Kreditgeldwirtschaft: Keine Forderung ohne Verbindlichkeit	128
6.3	Von populären Irrtümern zu einer wohlfahrtsmehrenden Defizitpolitik.....	133
Literatur	137

6.1 Deutschland im Sparwahn oder Mainz ist überall

Einige Personen, die diesen Text vor der Veröffentlichung mit der Bitte um kritische Durchsicht erhielten, haben nach einem Blick auf die Überschrift spontan gefragt, ob hinter dem Titel nicht ein *Fragezeichen* fehle: Das spricht Bände. Der Abbau von Schulden ist offensichtlich allenthalben außerordentlich positiv konnotiert; das gemeinhin als höchst löblich erachtete Vorhaben wird doch nicht zum Zusammenbruch unserer Wirtschaftsweise führen! Doch, so lautet die zentrale These dieser Ausführungen, denn der moderne Kapitalismus ist ein schuldengetriebenes Gebilde, und wenn niemand mehr Defizite verbucht, dann kann auch keiner mehr Überschüsse einstreichen. Damit wäre freilich dem Kommerz in der modernen Kreditgeldwirtschaft das Wasser abgegraben und sein Schicksal besiegelt. Den Stimmungsmachern, die gebetsmühlenartig „ausgeglichene Haushalte“ anmahnen, dürfte allerdings nicht klar sein, dass sie im Kern ein buchstäblich revolutionäres Manifest propagieren.

Aber die Konsolidierungsapostel verfolgen in Wahrheit kein umstürzlerisches Ziel; sie wollen den Kapitalismus nicht überwinden, ganz im Gegenteil, sie trachten danach, „die Wirtschaft“ von in ihren Augen übersteigerten Ansprüchen zu befreien: Der böse Bube im Spiel ist der Moloch Staat, vor allem dessen sozialpolitisches Engagement, das dazu geführt habe, dass – um es auf eine handliche Formel zu bringen – hierzulande wie anderenorts die Armen inzwischen zu reich und die Reichen zu arm seien. Mit dieser Stoßrichtung löst seit den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts eine von interessierten Kreisen befeuerte Kampagne die andere ab. Wir leben über unsere Verhältnisse, hört die Bevölkerung Tag für Tag, Einschränkungen sind demzufolge unerlässlich. Das aufgeblähte Gemeinwesen müsse schrumpfen und sich auf seine Kernaufgaben beschränken. Unterdessen kann die „konservative Wende“ etliche Vollzugsmeldungen verkünden: Steuern wurden teilweise drastisch gesenkt oder, wie auf das Vermögen, gar nicht mehr erhoben, prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind nunmehr weit verbreitet, Altersgrenzen wurden heraufgesetzt, Renten gekürzt, öffentliche Betriebe privatisiert – eine Reform jagt die nächste.

Und damit sind wir bei Mainz; nein, nicht wie es singt und lacht, sondern wie es stillsteht: Seit 1. August 2013 lief der Hauptbahnhof der Stadt, welche die rheinland-pfälzische Landesregierung beherbergt, für Wochen nur auf Sparflamme. Offensichtlich wurde die Eisenbahn in der Absicht, sie kapitalmarkttauglich zu machen, auf Verschleiß gefahren. Und Mainz ist selbstverständlich nur die Spitze des Eisbergs. Der Anteil der Investitionen in den Budgets der Gebietskörperschaften schrumpft seit geraumer Zeit und deckt längst nicht mehr die Abschreibungen, die deutsche Infrastruktur bröckelt vor sich hin. Ähnliches trifft auf den Staatsdienst zu, die Zahl der Beschäftigten geht seit Jahren zurück. Darunter leiden kommunale Einrichtungen, das Gesundheitswesen, die Sicherheitskräfte und Bildungsstätten, mit einem Wort: Den Bürgern wird eine stark reduzierte Dosis öffentlicher Güter als zwar bittere, aber laut Packungsbeilage lebenserhaltende Medizin verabreicht.

Von einer höheren Warte betrachtet, wirkt die angeblich alternativlose Askese indes selb-

sam anachronistisch. In Zentraleuropa herrscht seit mehr als zwei Generationen *Frieden*, was diese Epoche in der Rückschau als Ausnahmeperiode sondergleichen auszeichnet. Währenddessen hat sich die tatsächliche und potenzielle Wertschöpfung gewaltig erhöht, aber viele bekommen von dem wachsenden Reichtum der Nationen zu wenig mit. Etliche Zeitgenossen leben sogar schlechter als die Eltern, obwohl es dafür keine objektiven Gründe gibt: „In diesem Licht erhebt sich die Frage, ob nicht eigentlich – nachdem man sich historisch gesehen in der Produktionsschlacht auf der Siegerstraße befindet – die *Verteilung* der Arbeit und ihrer Früchte das Hauptproblem der (post-)modernen Wirtschaftsgesellschaft ist.“³⁵⁴ Tatsächlich dient die Durchsetzung einer strengen Haushaltsdisziplin nicht zuvörderst dem gesellschaftlichen Fortschritt, sondern den Interessen der *beati possidentes*.

Wie in anderen Auseinandersetzungen auch, ging es in der ersten Runde um die Kaperung eines gut beleumundeten Begriffs für eine – wie sich herausstellen wird – schlechte Sache: „Sparen“ bedeutet im Alltagsgebrauch wie in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung Einkommensteile nicht zu konsumieren, sondern zur Bildung von Reinvermögen zu verwenden, sei es monetärer oder physischer Natur. „Sparen“ als Leitlinie der Haushaltspolitik meint jedoch etwas anderes: Jetzt dreht es sich nicht um die Akkumulation eines Staatschatzes, sondern um verminderte Defizite, also um *Ausgabenkürzungen*, konkret: geringere Sozialleistungen, die „man“ sich einfach nicht mehr erlauben könne. Damit wurde die ehemals etablierte finanzwissenschaftliche Hierarchie vom Kopf auf die Füße gestellt: Früher bestand in der Lehre weitgehende Einigkeit, im ersten Schritt die öffentlichen *Aufgaben* festzulegen, dann die hierfür erforderlichen *Ausgaben* zu ermitteln, um schließlich für die nötigen *Einnahmen* zu sorgen. Die beiden wichtigen Finanzierungsquellen sind die Erhebung von Abgaben und die Aufnahme von Schulden. Wenn im Kommenden die Defizitpolitik des Fiskus besser als sonst üblich abschneidet, heißt das keineswegs, dass die Besteuerung eine Nebenrolle spielen sollte, ganz im Gegenteil, auf diesem Gebiet sind etliche Fehlentwicklungen zu korrigieren.³⁵⁵ Hier geht es allein um Sinn und Unsinn des verordneten, grundsätzlichen Konsolidierungsgebots.

Um das Anliegen „gerichtsfest“ zu machen, wurden entsprechende formale Regelungen getroffen. Gemäß den Prinzipien einer „marktkonformen Demokratie“ erschien es den Akteuren geboten, den Handlungsspielraum künftiger Regierungen möglichst wirksam einzuengen. Zunächst bestimmte der 1992 konzipierte Maastricht-Vertrag Obergrenzen der Staatsschuld bar jeder ökonomischen Fundierung.³⁵⁶ Im Rahmen der Föderalismus-Reform 2009 wurde zudem eine Änderung des deutschen Grundgesetzes beschlossen, welche die Kreditaufnahme auf Sondersituationen und Notfälle beschränkt. Auf europäischer Ebene fand das Bindungs-Projekt seinen krönenden Abschluss mit einem Fiskalpakt, der die Unterzeichnerländer verpflichtet, in den nationalen Verfassungen Schuldengrenzen nach deutschem Vorbild zu verankern.

³⁵⁴ Helmedag/Weber (2004), S. 87 [8].

³⁵⁵ Ebenso wenig wird in diesem Beitrag die Kosteneffizienz, die Besonderheiten der Haushalte von Ländern und Gemeinden sowie die Problematik von Fremdwährungsverbindlichkeiten angesprochen.

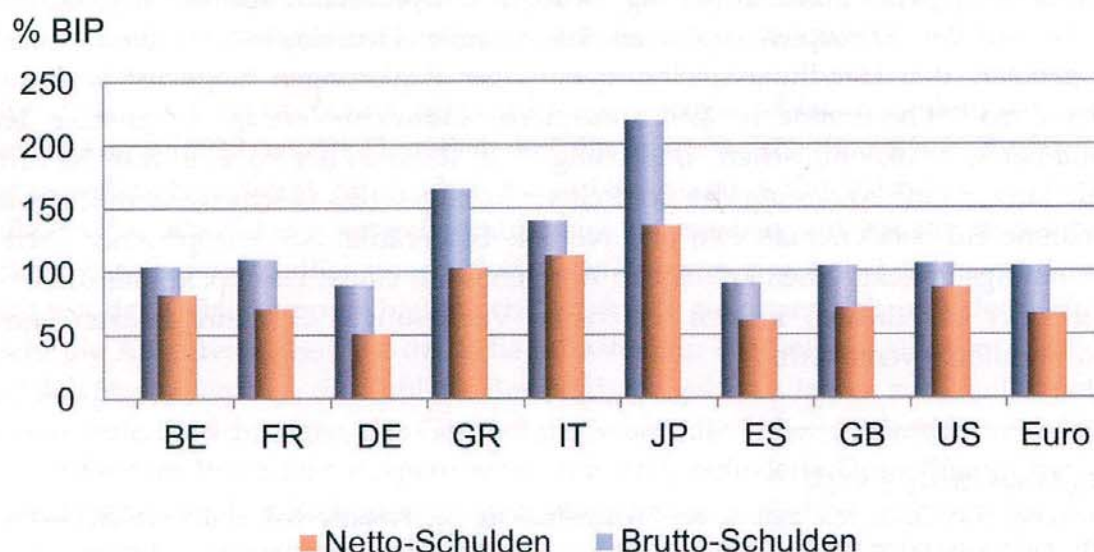
³⁵⁶ Vgl. Helmedag (2004) [4].

Ohne auf die einzelnen Bestimmungen näher einzugehen, ist es erstaunlich und zugleich bestürzend, auf welchem bescheidenen Niveau sich die Diskussion über Notwendigkeit und Zweck der Vorschriften seit je bewegt. Gänzlich außen vor bleibt etwa der Aspekt, dass zum Kredit zwei Seiten gehören, nicht nur ein Nehmer, sondern eben auch ein Geber. Außerdem überlassen die Gläubiger ihr Geld dem Staat *freiwillig*, offenbar, weil sie sich davon einen Vorteil versprechen. Warum soll dieses Geschäft dann prinzipiell anstößig sein? Des Rätsels Lösung liegt auf der Hand: Wie eingangs bemerkt, fungiert die Austeritätsdoktrin in Wahrheit als Mittel zum Zweck, die Obrigkeit mehr und mehr von einer umfassenden Daseinsfürsorgepflicht zu entbinden, „Wohlstand für alle“ ade.

Zum Konzert gehört das regelmäßige Absingen des „Kaufmannslieds“, die Klage ohne Leid. Das Repertoire umfasst neben dem üblichen Tadel am „Hochlohnstandort Deutschland“ das Lamento über den Zustand der Staatsfinanzen. Bemerkenswerterweise werden in der Debatte jedoch nur die Bruttoschulden genannt, während eine ökonomisch korrekte Argumentation auf die Nettogrößen abstellen sollte. Die öffentliche Hand verfügt nämlich über teilweise beachtliche monetäre Aktiva wie Forderungen und Anteile, die von den Verpflichtungsbeständen abzuziehen sind, um ein realistisches Bild zu erhalten. Bei privaten Unternehmen zeugt der Blick allein auf die Passivseiten der Bilanzen gleichfalls nicht gerade von überragendem ökonomischem Sachverstand.

Abbildung 6.1 belegt für etliche Länder, dass gravierende Differenzen zwischen den Brutto- und Nettogrößen bestehen. Japan, das immer wieder mit einer Schuldenquote von mehr als 200 % als abschreckendes Beispiel herhalten muss, steht bei einer Nettobetrachtung erheblich besser da und weicht relativ wenig von anderen Nationen ab. Und Deutschland erfüllt sogar mit etwa 50 % das Maastricht-Kriterium. Welcher Konsument der gängigen Berichterstattung hätte das gedacht?

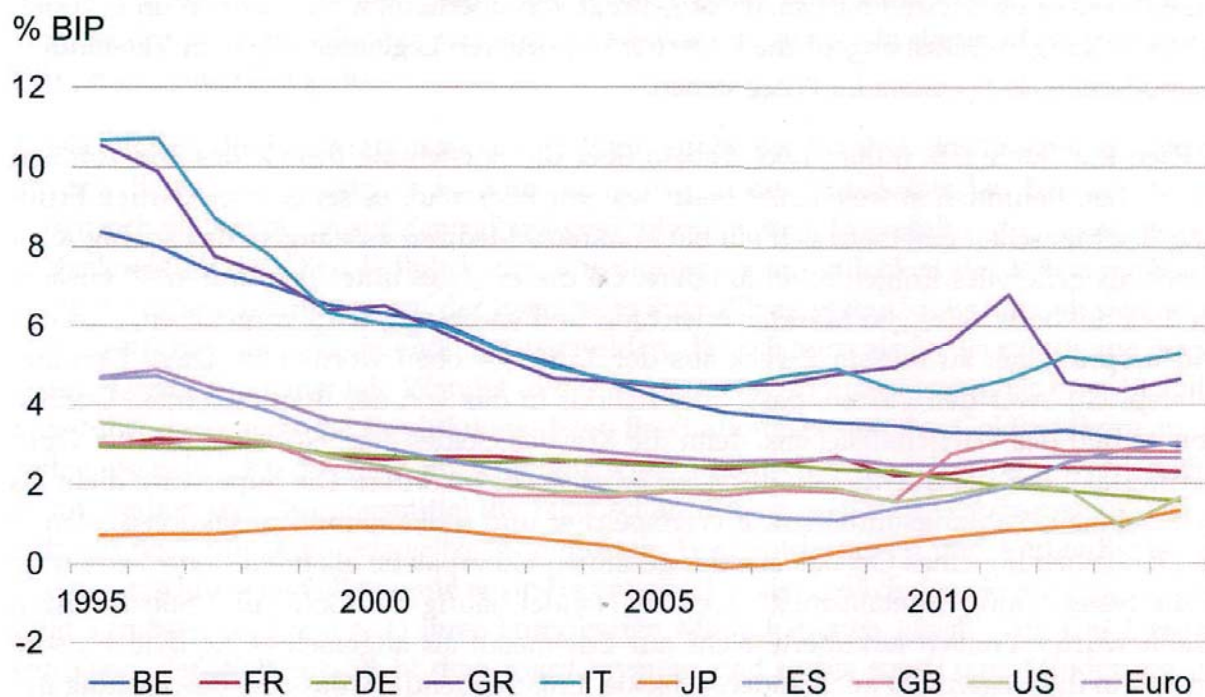
Abbildung 6.1 Brutto- und Nettoschulden ausgewählter Länder 2012



Quelle: OECD Economic Outlook 93, URL: <http://www.oecd.org/eco/economicoutlook.htm>

Es kommt freilich noch besser. Zwar wird immer wieder auf den Bruttoschuldenstand verwiesen, doch die Begründung, warum diese Größe so wichtig sein soll, bleibt im Dunkeln.³⁵⁷ Entscheidend ist schließlich, welche *Lasten* die Verschuldung mit sich bringt. In dieser Hinsicht wird das Publikum ebenfalls hinter die Fichte geführt. **Abbildung 6.2** zeigt, dass die Zinszahlungen aller ausgewählten Länder seit 1995 bis zur „Great Recession“ 2008 ff. *gefallen* sind, manchmal sogar drastisch. Erst die letzte Finanz- und Wirtschaftskrise hat einige Länder wegen der erforderlichen massiven Hilfen für die schwer angeschlagene „systemrelevante“ Finanzbranche zu höheren Defiziten gezwungen. Es sind jedoch jetzt genau jene neoliberalen Marktschreier, die einst energisch die Deregulierung des Bankensektors einforderten, welche nun, nachdem die Karre aus dem Dreck gezogen werden musste, dem Befreier tadelnd eine „Staatschuldenkrise“ vorhalten.

Abbildung 6.2 Staatliche Zinszahlungen ausgewählter Länder



Quelle: OECD Economic Outlook 93, URL: <http://www.oecd.org/eco/economicoutlook.htm>

Die Darstellung belegt zudem, dass sich für einige Länder nichts Wesentliches geändert hat, obwohl mehr oder weniger umfangreiche Rettungspakete geschnürt worden sind. Der Zinsdienst Japans ist nach wie vor äußerst gering, trotz des hohen Schuldenstandes. Das allein unterstreicht, wie wenig diese Größe für sich genommen etwas über die Finanzlage einer Nation aussagt. Nippon steht hauptsächlich bei inländischen Gläubigern in der Krei-

³⁵⁷ Unterdessen hat sich auch die berühmte 90 %-Marke, ab der Staatsschulden gemäß der Studie „Growth in a Time of Debt“ von Kenneth Rogoff und Carmen Reinhart (2010) [12] wachstumsschädlich sein sollen, als peinlicher Rechenfehler herausgestellt. Unter dem Aufsatztitel gibt es einen (englischsprachigen) Wikipedia-Eintrag, der Einzelheiten bringt und Quellenangaben macht.

de und die Notenbank sowie ihre Zinspolitik tragen maßgeblich zur Entspannung der Situation bei. Der deutsche Fiskus profitierte sogar entgegen allen Hiobsbotschaften von der Finanzkrise, die Zinslast hat abgenommen. In einer solchen Situation erweist sich eine verschärfte Kürzungspolitik als besonders wohlfahrtsmindernd, sie kann indes auch sonst geradewegs von Mainz nach Detroit führen. Um dies zu verstehen, empfiehlt sich ein Blick hinter den Geldschleier.

6.2 Die kapitalistische Kreditgeldwirtschaft: Keine Forderung ohne Verbindlichkeit

Das Geld ist zweifellos eine zentrale Kategorie des Wirtschaftslebens. Umso erstaunlicher sind die Geschichten, die über sein Wesen erzählt und geglaubt werden. Das Alltagsbewusstsein über monetäre Phänomene ist geprägt von überkommenen Mythen und obsoleten Vorstellungen. Selbst angebliche Experten kolportieren Legenden, die dem Verständnis des modernen *nervus rerum* im Wege stehen.

Im Fach kursieren z. B. immer noch Fabeln über die Entstehung des Geldes, die von den historischen Befunden abweichen.³⁵⁸ Nach wie vor hört man, es sei eine großartige Erfindung der Menschen gewesen, sich auf ein konkretes Medium zu einigen, das ab Tag X im Tausch als generelles Entgeltmittel fungiere. Da dieser „Gott unter den Waren“³⁵⁹ tatsächlich die Funktionsweise von Märkten erleichtert und verbessert, wird vorgegeben, dass das Geld ursprünglich zu diesem Zweck aus der Taufe gehoben worden ist. Diese Deutung widerspricht zwar den Fakten, passt aber nahtlos in das von der dominierenden Doktrin gemalte Bild des Wirtschaftslebens, denn die Kür des Geldes erscheint als rationaler Optimierungsakt, der die Intentionen des *homo oeconomicus* befördert: Die Superware dient als Recheneinheit, Zahlungsmittel sowie Wertspeicher und senkt somit Transaktionskosten.³⁶⁰ Die Heraushebung eines Objekts aus der gesamten Güterpalette als *primus inter pares* trägt oft die Bezeichnung „Metallismus“, weil im Handel häufig mit Gold- und Silbermünzen gezahlt wurde. Freilich zirkulierte nicht nur Edelmetall als allgemeines Äquivalent, sondern bis in die Gegenwart auch andere Objekte. Entscheidend ist, dass die Beschaffung des knappen Geldstoffs Transport- bzw. Produktionskosten verursacht, so dass das physische Zahlungsmittel zugleich Geld- und Sachvermögen darstellt.

Im Lauf der Zeit haben sich freilich die Zeiten geändert, was sich gut an der englischen Geldgeschichte studieren lässt.³⁶¹ In der um die Wende zum 19. Jahrhundert ausgefochtenen Bullion-Kontroverse wurde darum gestritten, weshalb auf Barrengold eine Prämie gezahlt werden musste. Offensicht war das englische Pfund in den Augen des Publikums doch kein vollwertiges Edelmetall-Substitut. In der anschließenden, etwa bis 1860 währen-

³⁵⁸ Vgl. Helmedag (1994), S. 56 ff. [2].

³⁵⁹ Marx (1974), S. 132 [11].

³⁶⁰ Vgl. zur Hierarchie der Geldfunktionen Helmedag (1995) [3].

³⁶¹ Vgl. Helmedag 2007 [5].

den Banking-Currency-Debatte ging es um Deckungsanforderungen, welche die Währung erfüllen sollte. Als Ergebnis lässt sich festhalten, dass zwar mit der Peelschen Bankakte 1844 formal eine hundertprozentige Konvertibilität fixiert worden ist, die aber praktisch wie eh und je durchaus flexibel gehandhabt wurde.

Damit löst sich schon in jener Zeit die Währung von der strikten Bindung an eine stoffliche Substanz, um in Richtung „Chartalismus“ voranzuschreiten; eine Meinung, die im Geld ein sozial akzeptiertes Zeichen sieht, das Kaufkraft dokumentiert. Damit kehrt sich die ehemals obwaltende Charakterisierung des Zahlungs- bzw. Schuldentilgungsmittels ins genaue Gegenteil: Geld wird nicht angenommen, weil es Wert hat, sondern es hat Wert, weil es angenommen wird. Zu den Protagonisten dieser Auffassung zählt Georg Friedrich Knapp (1842-1926) mit seinem 1905 erschienenen Buch „Staatliche Theorie des Geldes“.³⁶² Bemerkenswerterweise verwies der Autor bereits damals auf die zentrale Bedingung zur Geltung jedweden Geldes: Der Emittent muss es selbst zur Zahlung mit befreiender Wirkung akzeptieren, d.h. die Bürger können damit öffentliche Abgaben entrichten. Dieser Gedanke findet sich bei der „Modern Monetary Theory“³⁶³ wieder und nimmt in diesem Lehrgebäude einen prominenten Rang ein.

Tatsächlich ist die Kaufkraft in moderner Form ein bloßes Symbol, das in einer Forderung an eine Bank zum Ausdruck kommt. Sichteinlagen des Publikums bei Kreditinstituten lassen sich als Anspruch auf Zentralbankgeld interpretieren. Doch selbst die bar ausgezahlte Banknote repräsentiert lediglich eine uneinlösbare Verbindlichkeit der Währungsbehörde, welche diese Institution auf der Passivseite ihrer Bilanz verbucht. Es handelt sich, wenn man so möchte, um zirkulierende Staatsschulden, die sich auch als Steuergutscheine deuten lassen. Dieser fundamentale Wandel in der monetären Ordnung gegenüber dem Metallismus führt dazu, dass die Produktions- bzw. Beschaffungskosten des Geldmediums in der zeitgenössischen Kredit- bzw. Buchgeldwirtschaft praktisch bedeutungslos geworden sind. Damit verliert das Zahlungsmittel die Eigenschaft, *Sachvermögen* zu verkörpern, es handelt sich nur noch um einen *pekuniären* Aktivposten. Weil Forderungen und Verbindlichkeiten in einer geschlossenen Ökonomie einander entsprechen, ist freilich das Gesamttaggregat der Geldvermögen und *ipso facto* ihrer kumulierten Modifikationen gleich null: Das Gesamtvermögen der Welt entspricht dem *realen* Inventar und nichts sonst; eine Minderung von Geldvermögen hier, etwa nach einem Ratenkauf, verursacht zwingend einen Zuwachs von monetären Aktiva in gleicher Höhe dort, so dass der Saldo verschwindet. Jene Schuldenkritiker, welche diese *buchhalterische Notwendigkeit* in einer Kreditgeldwirtschaft nicht zur Kenntnis nehmen, bleiben letztlich überkommenen metallistischen Vorstellungen verhaftet und besitzen keinen hinreichenden Sachverstand, um ein fundiertes Urteil in der strittigen Angelegenheit zu fällen.

Die folgende **Tabelle 6.1** gibt die sektoralen Finanzierungssalden ab 2006 für Deutschland wieder. Die Übersicht enthält die Geldvermögensänderungen als Differenz zwischen Gesamt- oder Reinvermögensänderung („Sparen“) und Sachvermögensänderung („Investitio-

³⁶² Knapp (1905) [10].

³⁶³ Vgl. Wray 2012 [13].

nen“) der vier Pole Haushalte, Unternehmen (inklusive finanzielle Kapitalgesellschaften), Staat (Gebietskörperschaften plus Sozialkassen) sowie dem Ausland. Jede Zeilensumme ergibt null, aus globaler Sicht existiert *kein* Nettogeldvermögen.

Die privaten Haushalte und Unternehmen melden in den letzten Jahren einen durchgehenden Überschuss. Unmittelbar vor der jüngsten Krise galt das für den Staat ebenfalls, der sich auf Konsolidierungskurs bewegte, ehe der Finanz- und Wirtschaftseinbruch massive Interventionen auf Pump erforderlich machte. Im Übrigen kamen diese kreditfinanzierten Hilfsmaßnahmen in den Jahren 2009 und 2010 hauptsächlich dem Unternehmenssektor zugute, dem entsprechende monetäre Aktiva zuflossen.

Tabelle 6.1 Finanzierungssalden in Deutschland seit 2006 (Mrd. €)

Jahr	Haushalte	Unternehmen	Staat	Ausland
2006	136,8	51,4	– 38,2	– 150,0
2007	136,2	41,2	5,5	– 182,9
2008	137,0	15,3	– 1,8	– 150,5
2009	151,4	64,8	– 73,0	– 143,2
2010	149,9	107,1	– 103,6	– 153,4
2011	136,0	28,6	– 19,7	– 144,9
2012	141,2	21,8	4,2	– 167,2

Quelle: Europäische Kommission, AMECO Datenbank, URL: http://ec.europa.eu/economy_finance/ameco/user/serie/SelectSerie.cfm

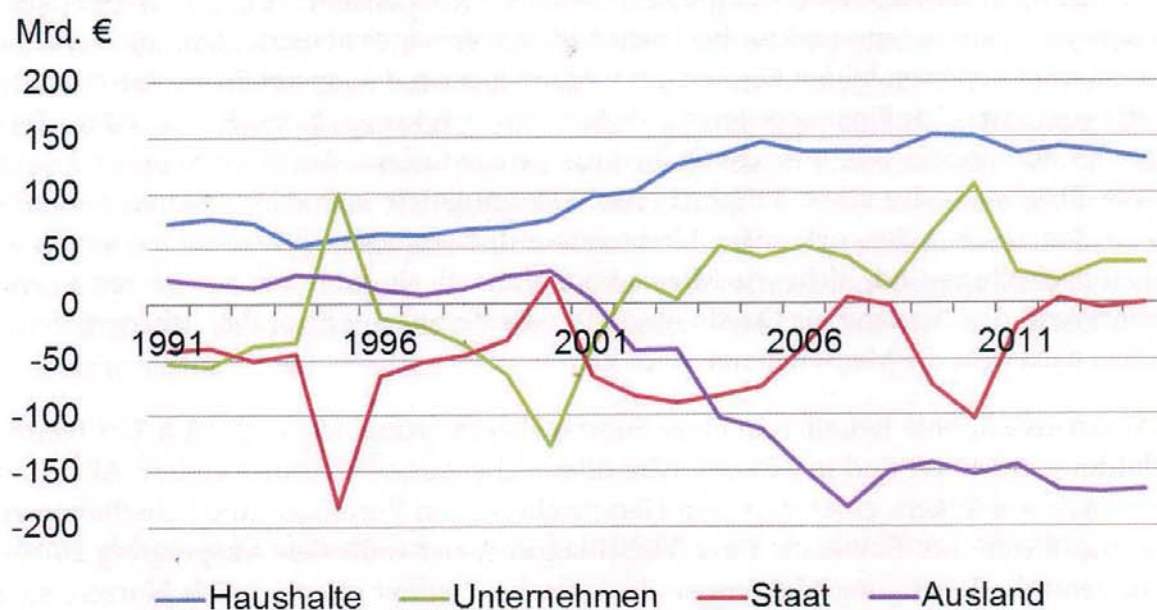
Freilich verbucht der Fiskus 2012 (schon) wieder einen Geldvermögenszuwachs. Vor diesem Hintergrund wirkt das Lamento über die angeblich wuchernden öffentlichen Schulden wie die Klage über einen Phantomschmerz. In Wahrheit entspricht dem Aufbau pekuniären Reichtums in Deutschland die Verschuldung des Rests der Welt. Nur weil das Ausland Defizite in vorher nie gekannter Höhe auf sich geladen hat, kann überhaupt vom deutschen Staat verlangt werden, das Budget ohne Fremdmittel auszugleichen. Diese Konstellation lag aber keineswegs immer vor, wie die **Abbildung 6.3** verdeutlicht.

Nach der Wiedervereinigung wies Deutschland bis zur Einführung des Euro eine leicht passive Leistungsbilanz aus. Da die Haushalte über den gesamten Berichtszeitraum Geldvermögen akkumulierten, haben der Staat und die Unternehmen in dieser Phase Defizite gemacht. Die beiden gegenläufigen Ausschläge dieser Sektoren beruhen auf Sondereinflüs-

sen: 1995 übernahm der Staat die Schulden der Treuhandanstalt („Erblastentilgungsfonds“) und 2000 versteigerte der Fiskus die UMTS-Lizenzen. Jedenfalls wäre in dieser Zeitspanne der Geldvermögensaufbau der Haushalte und in weit geringerem Maße des Auslands ohne Minus bei den Unternehmen oder im Budget nicht möglich gewesen.

Mit dem Abschied von der D-Mark haben sich die Verhältnisse grundlegend gewandelt. Zunächst springt ins Auge, dass seitdem die Unternehmen ebenfalls permanent Geldvermögen anhäufen. Das ist eigentlich nicht ihre volkswirtschaftliche Funktion. Die Betriebe sollten an und für sich Kredite aufnehmen und möglichst kräftig investieren, um Einkommen und Beschäftigung zu mehrten. Sofern der Realvermögenszuwachs die Geldvermögensminderung überkompensiert, werden sie dadurch insgesamt nicht ärmer, vielmehr steigt ihr Reinvermögen. Trotz privatem Überschuss konnte der deutsche Staat ebenfalls mehrfach die Pluszone berühren, weil das Ausland in historisch einmaligem Umfang deutsche Waren auf Pump geordert hat. Vor diesem Hintergrund erscheint es hierzulande auf den ersten Blick durchaus zumutbar, dem öffentlichen Sektor den Kredithahn zuzudrehen. Der populäre Vorschlag führt jedoch früher oder später ins Abseits.

Abbildung 6.3 Finanzierungssalden in Deutschland seit 1991



Quelle: Europäische Kommission, AMECO Datenbank, URL: http://ec.europa.eu/economy_finance/ameco/user/serie/SelectSerie.cfm

Die hiesigen Überschüsse im grenzüberschreitenden Güterverkehr korrespondieren mit entsprechenden Defiziten anderer Länder. Dazu gehören die Problemstaaten in der südlichen Peripherie der Eurozone, die wegen passiven Leistungsbilanzen (und Kapitalflucht) zumindest in der kurzen Frist weiterhin Schulden auftürmen werden. Zugleich schreiben

die Verfassungen dieser Nationen jetzt jedoch öffentliche Budgets ohne nennenswerte Kreditaufnahme vor. Um das Dilemma zu lösen, bleibt nur, den gesamten Privatsektor dort in die roten Zahlen zu treiben. Einen anderen Weg gibt es nicht. Da diese Rosskur aus theoretischen und praktischen Gründen weder sinnvoll erscheint noch auf Kommando realisierbar sein dürfte, bedeutet dies wiederum, dass der Fiskalpakt zum Scheitern verurteilt ist, solange beträchtliche Leistungsbilanzungleichgewichte bestehen.

Allerdings sollte man sich grundsätzlich von der neomerkantilistischen Konzeption verabschieden, die dem Rest der Welt dauerhaft die Rolle des verschuldungsbereiten und konsumfreudigen Lückenbüßers zuweist. Mit der Nettoausfuhr von realen Gütern geht Kapitalexport einher, d.h. die Auslandsforderungen wachsen. Die Werthaltigkeit solcher papierenen Vermögenstitel ist freilich zweifelhaft: Schuldner stellen Zahlungen ein, Wechselkurse schwanken und Kurse variieren. Allein in der letzten Krise hat Deutschland Bewertungsverluste in Höhe von 21 % des Nettoauslandsvermögens hinnehmen müssen.³⁶⁴ Schon deswegen wäre es besser, die Exportlastigkeit der heimischen Wirtschaft zu verringern, indem im Zuge einer expansiven Politik die Binnennachfrage und damit die Importe steigen. Im Übrigen gebietet dies das immer noch geltende, wenngleich missachtete Stabilitäts- und Wachstumsgesetz aus dem Jahr 1967.

Doch selbst wenn sich Deutschland als Folge einer sachgerechten und dauerhaft tragbaren Politik künftig eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts erfreute, ist keineswegs garantiert, dass der Unternehmenssektor hinreichend Geldvermögen abbaut, damit die Haushalte gewünschte Reserven bilden können. Im Gegenteil, auch die gewerbliche Wirtschaft legt sich seit geraumer Zeit Finanzpolster zu, sie hat demnach keinen Netto-Kreditbedarf. Fehlt es aber an autonomer, d.h. zunächst geldvermögensreduzierender Nachfrage, droht eine schwere Rezession, die einen Einbruch der Akkumulation monetärer Aktiva heraufbeschwört. Jedenfalls fallen pekuniäre Überschüsse des gesamten Privatsektors, sofern sie denn zu beobachten sind, nicht wie Manna vom Himmel, sie stammen gewiss von irgendwo her. Wenn das Ausland als Quelle wegfällt, vermag nur der Staat das Lebenselixier zu spenden, nach dem die Menschen notorisch gieren.

Die Alternative könnte lediglich in einer Substanzbesteuerung liegen, die *jede* Geldvermögensbildung abschöpft und in diskretionäre öffentliche Ausgaben transformiert. Allerdings dürfte sogar Anhängern einer stärkeren Heranziehung von Vermögen und Erbschaften zur Erzielung öffentlicher Einnahmen der Vorschlag in seiner radikalen Ausprägung zu weit gehen, denn die Verfügung über einen „Notgroschen“ stiftet offensichtlich Nutzen, sonst würde niemand etwas zur Seite legen. Wenn es sonst niemand tut, dann *muss* der Fiskus Haushaltslöcher in Kauf nehmen, damit die Bürger überhaupt Reserven abzwacken können. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob und unter welchen Bedingungen der Staat dauerhaft Verbindlichkeiten auftürmen kann, ohne die Funktionsweise des Systems zu gefährden.

³⁶⁴ Vgl. Klär/Lindner/Šehović (2013) [9].

6.3 Von populären Irrtümern zu einer wohlfahrtsmehrenden Defizitpolitik

Der Finanzierung öffentlicher Güter auf Darlehensbasis wird ständig die Verletzung der Generationengerechtigkeit vorgehalten. Eines Tages müssten die Kinder die Schulden ihrer Eltern abtragen. Dies ist ein schönes Beispiel dafür, wie die individuelle Perspektive gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge verdunkelt. Die beharrlich vorgetragene Kritik ist nämlich aus zwei Gründen verfehlt. Einerseits ist die Staatsschuld *revolvierend*, d.h. die Tilgung geschieht regelmäßig durch neue Kredite, denn das Gemeinwesen ist konzeptionell auf ein ewiges Leben ausgerichtet. In dieser Hinsicht ist der öffentliche Sektor gegenüber seinen Bürgern privilegiert. Deshalb existiert *de facto* kein fixierter Rückzahlungstermin für sämtliche Budgetdefizite. Andererseits steht in der Buchgeldwirtschaft, wie erläutert, jeder Forderung eine betragsgleiche Verbindlichkeit gegenüber, so dass die Nachkommen per Saldo keineswegs belastet werden. Im Gegenteil, sie profitieren vom ererbten Sachvermögen, das die Mütter und Väter aus dem Boden gestampft haben. Die alte Grundgesetzschrift („Goldene Regel“), wonach der Fiskus Schulden in Höhe der Investitionen aufnehmen durfte, war deshalb durchaus angemessen und zeugt von weitaus mehr Ökonomieverständnis als die heutigen Bestimmungen.³⁶⁵

Die geforderte Haushaltskonsolidierung zur Schonung der kommenden Generation beruht auf dem weit verbreiteten Fehlurteil, dass bei fortgesetzter Nettokreditaufnahme des Staates die Schuldenquote früher oder später über alle Grenzen steigt. Dies ist ein Irrtum, der eigentlich schon lange ausgeräumt sein sollte.³⁶⁶ Mit einigen einfachen formalen Überlegungen lässt sich leicht beweisen, dass in einer wachsenden Wirtschaft die Schuldenquote (z) konvergiert. Obwohl die Nettogrößen aussagefähiger wären, dominiert in der öffentlichen Diskussion der Quotient aus Brutto-Schuldendstand (D) und Bruttoinlandsprodukt (Y). Der Bruch bleibt konstant (\bar{z}), wenn Zähler und Nenner mit gleicher Rate (g) variieren, wobei ΔD das Haushaltsdefizit der laufenden Periode und ΔY die Änderung der Wirtschaftsleistung symbolisieren:

$$z = \frac{D}{Y} = \bar{z} \quad \text{für} \quad \frac{\Delta D}{D} = \frac{\Delta Y}{Y} = g \quad (6.1)$$

Ferner beträgt die Kreditaufnahme einen (beliebigen) Teil (α) der Wertschöpfung:

$$\Delta D = \alpha Y \quad (6.2)$$

Aus der Bedingung in Gleichung (6.1) ergibt sich unter Berücksichtigung von Ausdruck (6.2) nach einer Umstellung die Schuldenquote, welche im Limit erreicht wird:

³⁶⁵ In der Vergangenheit wurde der Begriff „Investitionen“ meist streng gefasst und auf Infrastruktureinrichtungen wie Verkehrswegebau beschränkt. Allerdings lassen sich gute Gründe ins Feld führen, beispielsweise Bildungsausgaben ebenfalls unter dieser Kategorie zu subsumieren.

³⁶⁶ Vgl. Domar (1944) [1].

$$\frac{\alpha Y}{D} = g = \frac{\alpha}{\bar{z}} \Rightarrow \bar{z} = \frac{D}{Y} = \frac{\alpha}{g} < \infty \quad \text{für } g > 0 \quad (6.3)$$

Die Schuldenquote schießt also allen Unkenrufen zum Trotz nicht beliebig ins Kraut, sofern die nominale Wachstumsrate des Gesamteinkommens positiv ist.³⁶⁷ Selbst bei realer Stagnation kann die endliche Obergrenze durch eine (geringfügige) Preissteigerung gewährleistet werden. So sieht die Europäische Zentralbank (EZB) keine Inflationsgefahren, wenn die Teuerung unter, aber nahe bei 2 % liegt.³⁶⁸ Wenn man so möchte, lässt sich vor dieser Kulisse ein Zwang zum Wachstum ableiten. Tatsächlich haben einige Volkswirtschaften auf diesem Weg ihre relativen Verbindlichkeiten gedrückt, etwa in der Prosperitätsphase nach dem II. Weltkrieg. Sofern Gläubiger dieses Kriterium als Solvenzindikator heranziehen, kann es opportun sein, die Schuldenquote zu senken, um bessere Konditionen zu erhalten. Eine Rotstiftpolitik bei ohnehin schwacher Nachfrage wirkt jedoch kontraproduktiv; im Gegenteil, expansive Maßnahmen sind in einer solchen Situation das Gebot der Stunde. Es wurde allerdings schon bemerkt, dass es nicht so sehr darauf ankommt, wie tief man in der Kreide steht, entscheidend sind vielmehr die daraus resultierenden Belastungen für den öffentlichen Haushalt.

In diese Richtung geht ein verteilungspolitisches Argument, das gegen einen Budgetausgleich auf Pump vorgebracht wird. Angeblich führe der Schuldendienst dazu, dass reguläre Steuereinnahmen an die Gläubiger fließen, statt das Geld zur Versorgung der Bürger mit Leistungen der Gebietskörperschaften einzusetzen. Diese Beanstandung überzeugt allerdings letzten Endes nicht, denn die Besteuerung ließe sich durchaus so gestalten, dass der Fiskus aus der linken Tasche der (inländischen) Bürger zurückholt, was er ihnen zuvor in die rechte gesteckt hat. Otto Normalverbraucher subventioniert dann keineswegs mit seinen Abgaben die ohnehin eher gut betuchten Halter von Staatsanleihen. Eine solche Politik bedarf freilich eines entsprechenden politischen Willens und der erforderlichen Mehrheiten. Davon kann aber keine Rede sein.

Um die viel beschworene Krise zu überwinden, wird den über ihre Verhältnisse lebenden *Sündern* aufgegeben, bußfertig „Primärüberschüsse“ zu erzielen. In diesem Fall übertrifft das Steueraufkommen (T) die Kosten für öffentliche Güter (G). An der Ertragsschraube dreht man freilich seit Jahren eher in die falsche Richtung. Stattdessen werden Leistungskürzungen propagiert und exekutiert. Die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben soll der Schuldentilgung dienen. Am Ende des steinigen Weges aus den roten Zahlen winkt, so lautet die Verheißung, das Ende allen Übels.

Diese Handlungsempfehlung ist ein weiterer Beleg für das bescheidene volkswirtschaftli-

³⁶⁷ Bei fortgesetzt schrumpfendem Sozialprodukt strebt der Grenzwert gegen den mathematisch unbestimmten Ausdruck $0/0$, da die Verbindlichkeiten im Fall einer konstanten Schuldenquote ebenfalls sinken.

³⁶⁸ Die berühmten Maastricht Kriterien erlauben ein Defizit von 3 % und einen Schuldenstand von 60 % des Bruttoinlandsprodukts. Um diese Schranken einzuhalten, bedarf es eines Wachstums von 5 %, ein Wert der schon lange der Vergangenheit angehört. Die Regeln gelten folglich nur für Schönwetterperioden, wo sie eigentlich überflüssig sind.

che Wissen, das in der Angelegenheit zum Vorschein kommt. Die oktroyierte Sparpolitik wirkt entgegen allen Versprechungen der dominierenden Doktrin kreislaufverengend. Folglich sanken in den betroffenen Südländern Beschäftigung und Einkommen, während die Schuldenquoten im Ergebnis zunahmen.

Tatsächlich zeigt sich die hohe Kunst guter Haushaltsführung gerade nicht in der legendären Beschränkung schwäbischer Hausfrauen auf verfügbare Eigenmittel. Im Gegenteil: Es gilt, ohne Anstieg der Schuldenquote ein Primärdefizit (P_d) anzustreben. Vater Staat nimmt gemäß dieses „Minimumprinzips“ von den Gläubigern mehr Mittel auf, als er an sie zurückgibt.³⁶⁹ Die Bürger erhalten dann geldwerte Leistungen von der öffentlichen Hand, die den Abgabebetrag übertreffen. Die Bevölkerung genießt also nutzenstiftende Güter, ohne dafür zu zahlen. Die Extraausgaben der öffentlichen Hand entsprechen dem Unterschied zwischen dem Schuldendienst, der sich aus dem Produkt eines (uniformen) Zinssatzes (i) mit den Altschulden (D) zusammensetzt, abzüglich des (um die Tilgung bereinigten) Kreditvolumens (ΔD):

$$P_d = T - G = iD - \Delta D < 0 \quad (6.4)$$

Einige Umformungen fördern die Konstellation zutage, die ein dauerhaftes Haushaltsloch zulässt, wobei die Schuldenquote nicht steigt, weil die Bedingung in Gleichung (6.1) beachtet wird:

$$P_d = iD - \Delta D = iD - \frac{\Delta D}{D} D = iD - gD = (i - g)D < 0 \quad \text{für } g > i \quad (6.5)$$

Die entscheidende Voraussetzung einer tragfähigen, wohlfahrtsmehrenden Deckungslücke im Primärbudget verlangt demnach eine Wachstumsrate, die größer als der Zinssatz auf Staatsschulden ist. Diese Sachlage war in der Vergangenheit öfter gegeben und sie gilt gegenwärtig in besonderem Maße für Deutschland. Die Republik bekommt aktuell Kredit fast zum Nulltarif, die realen Zinssätze sind sogar negativ. Ein Finanzminister mit ökonomischem Fachwissen würde in einer solchen Situation auf „deficit spending“ setzen, um damit die nach wie vor beklagenswert hohe Millionenarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Überdies ließen sich offenkundige Mängel in der Infrastruktur sowie im Bildungs- und Gesundheitswesen abbauen. Ein solches Programm finanziert sich übrigens in beträchtlichem Maß selbst, denn eine steigende Wirtschaftsaktivität sorgt für sprudelnde öffentliche Einnahmen.

Die Gleichung (6.5) gilt freilich nicht nur für den Fiskus, sondern trifft auf jeden Haushalt zu. An dieser Formel kann man daher auch ablesen, weshalb der Mann auf der Straße sich vor hohen Schulden normalerweise fürchtet. Die Löhne der abhängig Beschäftigten stagnieren praktisch seit vielen Jahren, teilweise sind sie sogar zurückgegangen. Jedenfalls

³⁶⁹ Vgl. Helmedag (2013), S. 91 [7].

übertreffen die Konsumentenzinsen die Zuwachsraten der Bezüge bei weitem.³⁷⁰ Dementsprechend führt ein Leben auf Pump zu einer steigenden Schuldenquote, bis eines Tages weitere Kreditanträge abgelehnt werden, während die Belastungen für Zins und Tilgung die Einkünfte schmerzlich schmälern. Vor diesem Hintergrund wird verständlich, weshalb die Parole „Raus aus der Schuldenfalle“ beim Volk auf viel Beifall stößt. Politiker schüren diese (und andere) Ängste, um angeblich alternativlose Reformen durchzusetzen.

Die öffentliche Hand verfügt hingegen über einen Gestaltungsraum, um die Verhältnisse den Notwendigkeiten anzupassen, wenn die in Gleichung (6.5) formulierte Bedingung für permanente Primärdefizite bei konstanter oder gar sinkender Schuldenquote zunächst verletzt sein sollte. Der Staat vermag in aller Regel dafür zu sorgen, dass der Zinssatz unter der Änderungsrate des Inlandsprodukts liegt. In dieser Hinsicht befinden sich die Träger der Regierungsgewalt wiederum gegenüber den Bürgern im Vorteil. Abgesehen von einer erfolgreichen Wachstumspolitik kann der Fiskus den effektiven Zinssatz, den er entrichtet, durch Besteuerung der Empfänger mindern. Kein Privater verfügt über eine solche Macht, die sich letztlich auf das Gewaltmonopol gründet. Es existiert indes eine völlig schmerzfreie Methode, um an Geld zu kommen. Diesbezüglich muss man sich allerdings auch von alten Vorurteilen befreien und die Fakten der modernen Kreditgeldwirtschaft zur Kenntnis nehmen.

Die Notenbank ist eine Unterorganisation der Obrigkeit, mit der Aufgabe, die Wirtschaft mit Zentralbankgeld zu versorgen.³⁷¹ Eine unmittelbare Finanzierung des Gemeinwesens widerspricht jedoch den Buchstaben des Europäischen Vertragswerkes. Immerhin hat der Chef der Europäischen Zentralbank (EZB) Mario Draghi am 26. Juli 2012 die schlechten Kapitalbeschaffungskonditionen von Italien und Spanien durch die bloße *Ankündigung* merklich verbessert, dass seine Institution Papiere der in Not geratenen Länder auf dem Sekundärmarkt aufkaufen werde. Dies wiederum eröffnet glänzende Gewinngelegenheiten für die Geschäftsbanken. Sie können aktuell dank einer liquiditätssichernden Geldpolitik in beliebiger Menge Zentralbankkredit zu Zinsen nahe Null beschaffen, um die Mittel zum praktisch risikofreien Erwerb von deutlich höher rentierlichen Staatspapieren zu verwenden. Dieser Selbstbedienungsladen ist zu schließen.

Wie in den angelsächsischen Ländern, auf die Neoliberalen ja sonst gern als Musterknaben deuten, sollte die EZB die Befugnis erhalten, *direkt* Anleihen der Regierungen zu kaufen. Damit setzt die Notenbank Kursunter- und so effektive Zinsobergrenzen, die *private* Anleger mit hoher Wahrscheinlichkeit gleichwohl zum Kauf veranlassen: Spargelder vergangener Tage sind schließlich reichlich vorhanden und suchen einen sicheren Hafen. Gegeben-

³⁷⁰ Hierin kommt ebenfalls ein wirtschaftspolitisches Versagen allererster Güte zum Ausdruck. In Westdeutschland hat es bis 1966 Höchstzinsen gegeben, welche damals die gegenwärtig praktizierte Abzockerei vieler Schuldner im Zaum hielten.

³⁷¹ Insbesondere die Deutsche Bundesbank proklamiert zwar permanent, für stabile Preise verantwortlich zu sein, aber sie allein kann diese Aufgabe nicht schultern, da die Kaufkraft des Geldes ein Resultat komplexer Interaktionen zwischen mehreren Beteiligten ist. Stattdessen sollte die Währungsbehörde sich vorrangig um das kümmern, was wirklich in ihrer Macht steht, vgl. Helme-dag (2009) [6].

nenfalls lassen sich mit differierenden Sätzen einer einzuführenden Transaktionssteuer entsprechende Präferenzen schaffen. Wenn die Rendite der Staatstitel unter der nominalen Wachstumsrate liegt, werden zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Einmal erlaubt dies, dauerhaft wohlfahrtsmehrende Primärdefizite zu machen. Zum andern gewährleisten die permanenten Budgetfehlbeträge den Geldvermögensabbau, der bei den Bürgern zur Zunahme monetärer Aktiva führt. Auf diese Weise eignet sich die Gesellschaft einen Teil der positiven externen Effekte an, die mit dem heutzutage kostenfrei produzierbaren öffentlichen Gut namens Geld in besonderem Maße verknüpft sind. Eine von der Zentralbank erleichterte staatliche Kreditfinanzierung verringert überdies Nachteile der Euro-Länder, die infolge der Übernahme der Gemeinschaftswährung keine Möglichkeit mehr haben, via Wechselkursanpassungen außenwirtschaftliche Schief lagen zu kompensieren.

Festzuhalten bleibt, dass unter den herrschenden monetären Verhältnissen Schulden und Vermögen die beiden Seiten ein und derselben Medaille sind. Deswegen spiegeln all jene falsche Tatsachen vor, die den Verzicht auf Defizite mit Nachdruck verlangen, ohne den daraus resultierenden gesellschaftlichen Wohlfahrtsverlust überhaupt zu erwähnen. Erfahrungsgemäß tragen in erster Linie die kleinen Leute die Kosten der verfehlten Kürzungspolitik; die Ironie der Geschichte liegt indes darin, dass sich die Gewinnbezieher mit dem auch von ihnen eindringlich geforderten Spardiktat ins eigene Fleisch schneiden: Wer nicht hören will, muss fühlen.

Literatur

- [1] Domar, Evsey D. (1944): The 'Burden of the Debt' and the National Income, in: *American Economic Review*, Vol. 34, S. 798-827.
- [2] Helmedag, Fritz (1994): *Warenproduktion mittels Arbeit, Zur Rehabilitation des Wertgesetzes*, 2. Aufl., Marburg.
- [3] Helmedag, Fritz (1995): Geldfunktionen, in: *das wirtschaftsstudium (wisu)*, 24. Jg., S. 711-717, 729.
- [4] Helmedag, Fritz (2004): Ist das starre Festhalten an den Maastricht-Kriterien sinnvoll?, in: *Wirtschaftsdienst*, 84. Jg., S. 601-604.
- [5] Helmedag, Fritz (2007): Geld: Einführung und Überblick, in: *Knapps Enzyklopädisches Lexikon des Geld-, Bank- und Börsenwesens*, Fritz Knapp Verlag, Frankfurt am Main, Artikel-Nr. 4390.
- [6] Helmedag, Fritz (2009): Europäische Geldpolitik in der Krise, in: *Finanzkrise und Divergenzen in der Wirtschaftsentwicklung als Herausforderungen für die Europäische Währungsunion*, hrsg. v. Günther Chaloupek und Jürgen Kromphardt, *Schriften der Keynes-Gesellschaft*, Bd. 3, Marburg, S. 108-121.
- [7] Helmedag, Fritz (2013): Staatshaushalt und Schulden, in: *DIE ZEIT erklärt die Wirtschaft*, Bd. 1: Volkswirtschaft, hrsg. v. Uwe Jean Heuser und Birger P. Priddat, Hamburg (Murrmann), S. 86-92.
- [8] Helmedag, Fritz / Weber, Urs (2004): Entwicklungslinien und Schwankungen des Sozialprodukts im Überblick, in: *Wirtschaftswissenschaftliches Studium (WiSt)*, 33. Jg., S. 80-87.
- [9] Klär, Erich / Lindner, Fabian / Šehović, Kenan (2013): Investition in die Zukunft? Zur Entwicklung des deutschen Auslandsvermögens, in: *Wirtschaftsdienst*, 93. Jg., S. 189-197.
- [10] Knapp, Georg F. (1905): *Staatliche Theorie des Geldes*, 2. Aufl, München / Leipzig 1918.
- [11] Marx, Karl (1974): *Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie (Rohentwurf)*, 2. Aufl., Berlin.
- [12] Rogoff, Kenneth S. / Reinhart, Carmen M. (2010): Growth in a Time of Debt, in: *American Economic Review*, Vol. 100, S. 573-578.
- [13] Wray, L. Randall (2012): *Modern Money Theory, A Primer on Macroeconomics for Sovereign Monetary Systems*, Palgrave Macmillan.